

BESCHLUSSBUCH

Kleiner Parteitag
Landesparteirat

FAMILIE
IST Vielfalt

Samstag, 5. März 2016, 10:30 Uhr
Stadthalle
Schloßplatz 1, Aschaffenburg

Inhalt

A 1 Moderne sozialdemokratische Familienpolitik.....	2
A 7 Geschlechtsneutraler Zugang zu Wickeltischen – jetzt!	12
Weitere Anträge	13

- 1 An
- 2 Landtagsfraktion
- 3 Bundestagsfraktion

4 A 1 Moderne sozialdemokratische Familienpolitik

5 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, sich gegenseitig
6 unterstützen und miteinander leben. Das klassische Familienbild reicht schon lange
7 nicht mehr aus, um Familie zu definieren. Heute werden die vielfältigsten Modelle
8 gelebt, sodass eine sozialdemokratische Familienpolitik für alle Lebensentwürfe die
9 richtigen Antworten geben muss. Solidarität stellt dabei das bindende Element dar:

10 Politik und Gesellschaft müssen alle Menschen unterstützen, die sich entscheiden – in
11 welcher Form auch immer – gemeinsam durchs Leben zu gehen, und Kindern und
12 älteren Menschen und PartnerInnen ein Zuhause geben.

13 Die BayernSPD arbeitet deshalb daran, dass mit einer modernen sozialdemokratischen
14 Familienpolitik diese Vielfalt in Zukunft besser gelebt werden kann und jeder Form von
15 Familie Sicherheit und Freiraum gegeben wird. Dabei bleiben selbstverständlich unsere
16 Grundwerte Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit der Maßstab.

17 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss endlich Wirklichkeit werden. Dies muss
18 für Eltern oder Elternteile und jedes Familienmodell gelten. Niemand soll sich mehr für
19 das eine oder das andere entscheiden müssen. Wir wollen, dass Familie und
20 Berufsleben mit gutem Gewissen besser zu vereinbaren sind. Wir brauchen gesetzliche
21 Grundlagen, die diese wirkliche Freiheit, beides zu leben, möglich machen.

22 Mit einer neuen Familienpolitik, die genau diese Vielfalt unterstützt und fördert
23 anstatt sie zu verhindern, sollen Bayern und Deutschland familienfreundlich werden.
24 Kinder sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Nur wenn sich jede Familie
25 mit Kindern angenommen fühlt und von Staat und Gesellschaft unterstützt wird, kann
26 die Bereitschaft steigen, Kinder bekommen zu wollen und für diese Verantwortung zu
27 übernehmen. Diejenigen, die noch keine Familie mit Kindern gegründet haben, müssen
28 sehen, dass dies ohne faule Kompromisse zwischen Privatleben und Beruf möglich ist.
29 Wenn sie sich der Unterstützung seitens der Politik sicher sein können, dann fällt die
30 Entscheidung für eine Familie leichter.

31 Wichtig für die Gründung einer Familie ist besonders Zeit. Sie spielt eine immer
32 wichtigere Rolle: Zeit zum Leben, Zeit für Freunde, Zeit für Entspannung, Zeit für Arbeit,
33 Zeit für bürgerschaftliches Engagement und der große Wunsch nach mehr Zeit für die
34 eigene Familie. Unser Ziel ist es, diesen Weg gemeinsam mit den Familien zu gehen.
35 Die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen sind für uns die Richtlinie, an der wir uns
36 orientieren, wenn es um moderne Familienpolitik geht. Eine Politik gegen die

1 Interessen von Familien wird es mit uns nicht geben. Für uns als SPD gibt es vier
2 Kernbereiche, die durch neue gesetzliche Grundlagen moderne, bunte und individuelle
3 Familienmodelle möglich machen können.

- 4 • Bildung und Betreuung
- 5 • Zeit für Familie und Beruf
- 6 • Gleichstellung aller Lebensmodelle
- 7 • Solidarität für Familie

8 1. Bildung und Betreuung - hochwertig und kostenfrei

9 Eine qualitativ gute Betreuung und Bildung gemeinsam mit anderen Kindern ist
10 sowohl für Kinder als auch Eltern eine Bereicherung.

11 In der Familie und in der Kita wird der Grundstein für den weiteren Bildungs- und
12 Lebensweg gelegt, indem unter anderem soziale, sprachliche, kognitive und
13 interkulturelle Fähigkeiten erlernt, Bindungen aufgebaut und individuelle Nachteile
14 ausgeglichen und gefördert werden.

15 Eltern können motiviert und mit gutem Gewissen ihrer beruflichen Tätigkeit
16 nachgehen, ohne sich Sorgen um die Kinder machen zu müssen, und können so das
17 Auskommen der Familie mit ihrer Arbeit sichern.

18 Betreuungsstruktur ist Gerechtigkeitsstruktur.

19 Moderne Familienpolitik braucht:

- 20 • einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz
- 21 • eine Qualitätsoffensive für bayerische Kitas
- 22 • einen Ausbau einer flexiblen Kinderbetreuung bis hin zu 24 Stunden täglich, das
23 ganze Jahr über
- 24 • das Ziel muss sein: Kostenfreiheit von Bildung und Betreuung

25 2. Zeit für Familie und Beruf

26 Zeit ist unverzichtbar für Familien. Zeit muss sein für intensive Kindererziehung
27 (eigene, adoptierte, angeheiratete), gute häusliche Pflege von Angehörigen,
28 partnerschaftliche Beziehungen und einfach Zeit, um Freizeit mit der Familie zu
29 verbringen.

30 Moderne Familienpolitik braucht:

- 31 • einen Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit von 30 Stunden pro Woche
- 32 • eine familienfreundliche Unternehmenskultur – „Erfolgsfaktor Familie“
- 33 • Pflegestützpunkte
- 34 • Mehrgenerationenhäuser – Zeit und Raum für jede Generation

1 3. Gleichstellung aller Lebensmodelle

2 Familie bedeutet für die SPD Partnerschaft und vollständige Gleichstellung der
3 Geschlechter in Erziehungsfragen und im Familienleben. Gleichstellung bedeutet aber
4 auch, dass jedes Beziehungs- und Familienmodell den gleichen Wert hat. Es darf keine
5 rechtliche und steuerliche Ungleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Paaren
6 geben.

7 Moderne Familienpolitik braucht:

- 8 • eine Entgeltgleichheit (Lohngerechtigkeit) zwischen den Geschlechtern
- 9 • ein sozialdemokratisches Familiensplitting statt Ehegattensplitting
- 10 • nicht nur eine „Ehe für alle“, sondern auch neue Formen rechtlicher
- 11 Absicherung, die alternativen sozialen Lebensformen gerecht werden. Vorbild
- 12 dafür soll der französische „Pacte Civil de Solidarité“ (Ziviler Solidaritätspakt)
- 13 sein.
- 14 • ein vollständiges Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare

15 4. Solidarität für Familien

16 Politik und Gesellschaft müssen alle Menschen unterstützen, die sich entscheiden, in
17 welcher Form auch immer, als Familie gemeinsam durchs Leben zu gehen. Die
18 Solidarität muss sich im direkten Umfeld der Familien, z.B. mit aufsuchenden
19 Angeboten von Anfang an, aber auch in der zielgerichteten finanziellen Unterstützung
20 zeigen.

21 Moderne Familienpolitik braucht:

- 22 • eine Überarbeitung der Familienleistungen
- 23 • flächendeckende Familienstützpunkte
- 24 • die interkommunale Zusammenarbeit der Kitas
- 25 • bezahlbares Wohnen für Familien

26

1 Zu 1.) Bildung und Betreuung – hochwertig und kostenfrei

2 Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz

3

4 Begründung: Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen
5 Ganztagsplatz für Krippe und Kindergarten, für die Grundschule und den Hort.
6 Mindestens bis zum Ende der Grundschule, dem Hort und den weiterführenden
7 Schulen. Jedem soll der gewünschte Ganztagsplatz angeboten werden. Nur so können
8 sich Eltern auch nach der Einschulung ihrer Kinder darauf verlassen, dass ihren Kindern
9 bestmögliche Bildung und Betreuung zugutekommt und eine Vereinbarkeit von
10 Familie und Beruf möglich ist. Die Betreuung in der Kernzeit von Schulbeginn bis 16 Uhr
11 muss dabei für alle Familien kostenfrei sein. Einen Rechtsanspruch gibt es im Bereich
12 der Grundschulen für gebundene und offene Angebote, zudem besteht in sämtlichen
13 weiterführenden Schulen der Anspruch auf einen gebundenen Ganztagsplatz.

14 Qualitätsoffensive für bayerische Kitas

15 Begründung: Für beste Bildung, Betreuung und Erziehung in bayerischen Kitas fordern
16 wir eine umfassende Qualitätsoffensive. Denn nur so erhalten alle Kinder individuelle
17 Entwicklungsmöglichkeiten und beste Startchancen für ihre Zukunft.
18 Bundeseinheitliche Qualitätsstandards - bis hin zur Gesetzesform -, zu denen eine gute
19 Fachkraft-Kind-Relation, die Freistellung der Kita-Leitungen und eine ausreichende
20 Finanzierung von Kindertageseinrichtungen gehören, müssen das garantieren. Wir
21 brauchen flächendeckende Programme wie „Schwerpunkt Kitas Sprache und
22 Integration“ und eine Weiterentwicklung zu inklusiven Einrichtungen, um alle Kinder
23 auf ihrem individuellen Entwicklungsweg begleiten und mögliche Defizite frühzeitig
24 ausgleichen zu können. Mehr gut qualifiziertes pädagogisches Personal ist für diese
25 Qualitätsoffensive notwendig, genauso wie eine gesellschaftliche und finanzielle
26 Aufwertung der Arbeit der pädagogischen Fachkräfte! ErzieherInnen und
27 KinderpflegerInnen müssen für die verantwortungsvolle Arbeit, die sie täglich für die
28 Zukunft unserer Jüngsten leisten, entsprechend entlohnt und das Berufsfeld somit
29 attraktiver gestaltet werden!

30 Ausbau der flexiblen Kinderbetreuung bis hin zu 24 Stunden täglich, das ganze Jahr 31 über

32 Begründung: Ein maximaler Ausbau der Betreuungszeiten muss vielfältige
33 Familienmodelle möglich machen. Besonders die Rand- und Ferienzeiten, müssen wir
34 in den Kindertagesstätten (Kitas) mehr in den Fokus rücken. Wir wollen vor allem
35 Alleinerziehende, Getrennterziehende sowie junge Familien unterstützen, die etwa
36 durch Schichtdienste besonders belastet sind und im Moment kaum auf passende Kita-
37 Angebote zurückgreifen können. Das heißt, dass Flexibilität notwendig ist, zum
38 Beispiel mit Hilfe von interkommunaler Zusammenarbeit. Das Bundesprogramm
39 KitaPlus trägt diesem Anspruch Rechnung. Ganztags/-nachts als Angebot, nicht als ein
40 Muss – so wollen wir die flexiblen Buchungszeiten verstanden wissen, um allen

1 Berufstätigen eine Chance für die Betreuung ihrer Kinder zu geben, um so echte
2 Wahlfreiheit zu gewährleisten. Dies gilt aber nicht nur in Kitas, sondern auch in
3 Schulen und zwar mit qualifiziertem Fachpersonal.

4 Wir müssen die Chancen der Kindertagespflege erkennen, damit es uns allen gelingt,
5 den bayerischen Familien ein zusätzliches, qualifiziertes, flexibles und familiennahes
6 Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen.

7 **Das Ziel muss sein: Kostenfreiheit von Bildung und Betreuung**

8 Begründung: Die Grundlage für Chancengleichheit in der Gesellschaft bis in das
9 Erwachsenenleben hinein ist ein gerechter Zugang zu allen Bildungsangeboten von
10 Geburt an. Nur durch qualitativ gute Bildung wird den Kindern die Möglichkeit
11 gegeben, in der Gesellschaft mitzuwirken und diese mitzugestalten. Daher darf kein
12 Kind zurückgelassen oder gar aufgegeben werden. In Deutschland hängt der
13 Bildungserfolg von Kindern nach wie vor stark von der sozialen Situation der Eltern ab,
14 deshalb muss das langfristige Ziel sein, den Besuch von Kindertageseinrichtungen
15 komplett gebührenfrei zu ermöglichen. Das gilt auch für alle Bildungsangebote nach
16 dem Kita-Besuch. Je besser die Ausbildung der Kinder ist, umso sicherer wird deren
17 Zukunft im Arbeitsmarkt sein. Ein vorsorgender Sozialstaat investiert auf diesem Weg
18 in die Zukunft von Beginn an und spart Folgekosten durch verschiedenste
19 Sozialleistungen. Am Beginn des Lebens müssen mit staatlichen Ausgaben die richtigen
20 Weichen gestellt werden.

21 **Zu 2.) Zeit für Familie und Beruf**

22 **Rechtsanspruch auf Familienarbeitszeit von 30h Stunden pro Woche**

23 Begründung: Eine partnerschaftliche Familienarbeitszeit entspricht laut Umfragen den
24 Wünschen der meisten jungen Eltern. Doch häufig finden sie sich beruflich noch in alte
25 Rollenverteilungen gedrängt: Viele Väter würden gerne die Arbeitszeit reduzieren,
26 Mütter wiederum möchten mehr arbeiten, um ihre eigene Existenz sichern zu können.

27 Deshalb wollen wir eine gleichberechtigte Familienarbeitszeit von 30h/Woche für
28 beide Elternteile ermöglichen. Dies ist für uns ein erster Schritt hin zu einer
29 allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Langfristig hilft dieses Modell auch, die nach wie
30 vor große Lücke zwischen den Rentenansprüchen von Männern und Frauen (Gender
31 Pension Gap) zu schließen und die Berufs- und Karrierechancen von Frauen generell zu
32 verbessern.

33 Dazu soll es einen staatlichen, sozial gestaffelten Lohnausgleich geben, damit
34 besonders Geringverdiener und Alleinerziehende und Getrennterziehende keine
35 Gehaltseinbußen haben und sich die Zeit für die Familie leisten können.

1 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es zu einer schrittweisen Anhebung der
2 Partnerschaftsmonate kommt, um das Prinzip der Partnerschaftlichkeit weiter voran zu
3 bringen.

4 **Familienfreundliche Unternehmenskultur – „Erfolgsfaktor Familie“**

5 Begründung: Gute Arbeit bedeutet auch familienfreundliche Arbeit: unbefristet, gut
6 entlohnt, sozial abgesichert und mit flexiblen Arbeitszeitlösungen für Eltern und für
7 Menschen, die Angehörige pflegen. Gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften
8 entwickeln wir Konzepte, um in Unternehmen und Betrieben eine familienfreundliche
9 Arbeitswelt zu schaffen. Mit Unternehmensnetzwerken wie „Erfolgsfaktor Familie“
10 setzen wir uns dafür ein, Ideen und positive Beispiele für familienfreundliche
11 Strukturen in der Arbeitswelt bekannt zu machen und weiter zu verbreiten. Davon
12 profitieren auch Unternehmen und Belegschaften im Wettbewerb um die besten
13 Fachkräfte. Dass Familienfreundlichkeit und Erfolg für Unternehmen Hand in Hand
14 gehen (können), muss in Bayern noch stärker ins Bewusstsein rücken. Vor diesem
15 Hintergrund soll sich die Vergabe öffentlicher Aufträge stärker an Aspekten der
16 Familienfreundlichkeit (Kinderbetreuung, innovative Arbeitszeitmodelle für Familien)
17 ausrichten.

18 **Pflegestützpunkte**

19 Begründung: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört für uns, Zeit für die
20 Umsorgung pflegebedürftiger Angehöriger zu haben. Da diese Aufgabe nicht nur
21 zeitintensiv, sondern auch physisch und psychisch belastend ist, sollen pflegenden
22 Angehörigen verstärkt Beratungs- und Unterstützungsangebote in Form von
23 flächendeckend vorhandenen Pflegestützpunkten, bzw. Beratungsstellen für pflegende
24 Angehörige, zur Verfügung stehen. Dort finden Angehörige Informationen aus einer
25 Hand, niedrigschwellige Hilfeangebote der Pflegekassen sowie Kontaktnummern für
26 den Notfall, die auch nachts erreichbar sind. Zeiten, in denen Angehörige gepflegt
27 werden, müssen als Pflegezeiten, ähnlich wie Erziehungszeiten, bei der
28 Rentenberechnung stärker als bisher berücksichtigt werden.

29 **Mehrgenerationenhäuser– Zeit und Raum für jede Generation**

30 Begründung: Mehrgenerationenhäuser sind zentrale Begegnungsorte für Menschen
31 jedes Alters mit unterschiedlicher Herkunft, kulturellem oder sozialem Hintergrund.
32 Hier wird das Miteinander der Generationen aktiv gelebt: Jüngere helfen Älteren und
33 umgekehrt. Gemeinsame Aktivitäten bieten Raum für gegenseitigen Austausch,
34 schaffen und bewahren Alltagskompetenzen und eröffnen neue Horizonte.
35 Bundesweit tragen 450 Mehrgenerationenhäuser, davon allein 79 in Bayern, zur
36 sozialen Integration bei und stärken tagtäglich den Zusammenhalt direkt vor Ort.
37 Mehrgenerationenhäuser haben ein starkes Fundament durch vielfältige Formen des
38 Bürgerschaftlichen Engagements, welches wir weiter stärken wollen. In Ergänzung
39 dazu wollen wir mit Blick auf den demografischen Wandel das bewährte Konzept der
40 Mehrgenerationenhäuser weiter ausbauen und mit Angeboten sozialer Beratung

1 ergänzen, indem wir dort Anknüpfungspunkte für weitere Unterstützungsformen wie
2 Pflege- und Familienstützpunkte schaffen.

3 **Zu 3.) Gleichstellung aller Lebensmodelle**

4 **Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern**

5 Begründung: Frauen verdienen 2014 in Deutschland im Durchschnitt etwa 22 Prozent
6 weniger als Männer und in Bayern sogar 24 Prozent weniger. Damit liegen Deutschland
7 und Bayern deutlich über dem EU-Durchschnitt von 16,3 Prozent.

8 Mehr als die Hälfte dieser Lücke ist nicht durch die geringere Bezahlung sogenannter
9 Frauenberufe zu erklären.

10 Sie ist ein Kernindikator für die fortbestehende Ungleichbehandlung von Frauen im
11 Erwerbsleben und bremst die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Diese
12 Ungleichbehandlung werden wir beenden durch ein Entgeltgleichheitsgesetz, welches
13 gleichen Lohn für gleiche Arbeit voraussetzt.

14 **Sozialdemokratisches Familiensplitting statt Ehegattensplitting**

15 Begründung: Vom Ehegattensplitting profitieren vor allem Ehen mit einem
16 Alleinverdiener oder mit hohen Einkommensunterschieden zwischen den Partnern. Das
17 Ehegattensplitting setzt damit, gemeinsam mit der kostenfreien Mitversicherung von
18 Ehegatten in der Krankenversicherung, Anreize dafür, vor allem Frauen vom
19 Arbeitsmarkt fernzuhalten oder in Minijobs zu verdrängen. Mit gravierenden Folgen für
20 ihre Unabhängigkeit und ihre Alterssicherung. Außerdem begünstigt es hohe
21 Einkommen überproportional.

22 Bei neu geschlossenen Ehen und Partnerschaften sollen die Partner einzeln besteuert
23 werden, es können aber Unterhaltsverpflichtungen steuermindernd geltend gemacht
24 werden. Wer in einer festen Partnerschaft Verantwortung trägt, zahlt also weniger
25 Steuern als Singles, aber ohne dass es zu einer Bestrafung gleichberechtigter
26 Erwerbstätigkeit kommt! Für bestehende Ehen und Partnerschaften, in denen die
27 Partner ihre Lebensentscheidungen zum Teil vor Jahrzehnten getroffen haben, bleibt es
28 beim Splitting.

29 Die Umsteuerung gilt nur für die Zukunft. Wir nehmen also keinem Ehepaar etwas
30 weg, sondern respektieren den Lebensweg, für den sich Männer und Frauen vor (vielen)
31 Jahren entschieden haben.

32 **Nicht nur eine „Ehe für alle“, sondern auch neue Formen rechtlicher Absicherung, die 33 alternativen sozialen Lebensformen gerecht werden**

34 Begründung: Wer heiraten will, muss auch heiraten dürfen – das ist unsere klare
35 Forderung. Die Diskriminierung homosexueller Paare muss aufhören, denn

1 gesellschaftlich ist die „Ehe für alle“ längst akzeptiert und nun muss endlich auch die
2 Gesetzeslage angepasst werden. Eine komplette Gleichstellung gleichgeschlechtlicher
3 Paare, so wie in vielen unserer Nachbarländer, gehört für die SPD unbedingt zu einer
4 modernen Familienpolitik, die niemanden benachteiligt. Bayern signalisiert damit
5 Weltoffenheit und Toleranz, beides ist für eine moderne Gesellschaft heute zwingend
6 notwendig und die „Ehe für alle“ setzt ein deutliches Zeichen in diese Richtung. Es darf
7 niemand wegen seiner sexuellen Orientierung benachteiligt werden, weder rechtlich
8 noch gesellschaftlich, und das Festhalten an Traditionen ist in diesem Fall bereits vom
9 gesellschaftlichen Konsens überholt worden. Es braucht nicht nur eine „Ehe für alle“,
10 sondern auch neue Formen rechtlicher Absicherung, die alternativen sozialen
11 Lebensformen gerecht werden. Vorbild dafür soll der französische „Pacte Civil de
12 Solidarité“ (Ziviler Solidaritätspakt) sein.

13 **Kinder mit zwei Elternhäusern – tägliche Realität in Deutschland**

14 Nach der Trennung oder Scheidung ihrer Eltern ist es für viele Kinder in Deutschland
15 tägliche Realität, dass sie gleichzeitig in zwei Elternhäusern leben.

16 Die SPD in Bayern setzt sich für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des alten
17 Residenzmodells ein und wird mit Verbänden und Organisationen flexible Modelle (z.
18 B. das Wechselmodell) entwickeln und diskutieren, die gemeinsamen Elternrechte und
19 -pflichten während Partnerschaften und nach Trennung und Scheidung
20 berücksichtigen

21 **Vollständiges Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare**

22 Begründung: Das Wohl des Kindes steht für uns im Mittelpunkt aller
23 familienpolitischen Forderungen. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass bisher
24 nur Ehepaare und Einzelpersonen ein Kind adoptieren können, nicht aber
25 homosexuelle Paare.

26 Unsere vielfältigen Familienmodelle sind nicht per se besser oder schlechter als das
27 traditionelle Modell von Vater, Mutter und Kind(ern). Die Sukzessivadoption – Partner
28 in eingetragenen Lebensgemeinschaften können ein bereits von einem der beiden
29 adoptiertes Kind nachträglich auch adoptieren – akzeptieren wir allenfalls als
30 Übergangslösung. Das ist nur ein Schritt auf dem Weg hin zu einem
31 hundertprozentigen Adoptionsrecht.

32 **Zu 4.) Solidarität für Familien**

33 **Überarbeitung der Familienleistungen**

34 Begründung: Das bisherige System der Familienleistungen gehört auf den Prüfstand.
35 Eine Bewertung aller familienpolitischen Leistungen aus dem Jahr 2014 hat ergeben,
36 dass zwar sehr viel umverteilt wird, aber viele Maßnahmen keine gezielte Wirkung
37 haben. Deshalb sollen wirksame Leistungen ausgebaut und unwirksame abgebaut

1 werden. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Das wollen wir
2 ändern mit einem neuen gerechten Kindergeld, das eine wirkliche
3 Entlastungsperspektive am unteren Rand der Einkommensskala eröffnet.

4 Mit dem sozialdemokratischen Familiensplitting sollen deshalb zukünftig die Kinder
5 bei der Besteuerung aller Eltern unabhängig von der Familienform berücksichtigt
6 werden. Es soll ein gerechtes Steuersystem entstehen, das Eltern mit kleinem und
7 geringem Einkommen nicht schlechter stellt als Eltern mit hohem Einkommen. Wir
8 brauchen eine zielgenauere Förderung von Alleinerziehenden und
9 Getrennterziehenden, damit diese von ihrem Einkommen besser leben können. Mit
10 einem Steuerabzug anstelle des Entlastungsbetrags sollen Alleinerziehende und
11 Getrennterziehende mehr Netto vom Brutto erhalten. Mit einem gestaffelten
12 Kindergeld, das gerechter ausgestaltet ist, sollen Eltern spürbar und zielgenau
13 unterstützt werden.

14 In Kombination mit dem Bildungsteilhabepaket für alle Kinder an qualitativ
15 hochwertigen Angeboten von der Krippe bis zur Ganztagschule ist das gestaffelte
16 Kindergeld ein erster Schritt zu einer teilhabeorientierten Kindergrundsicherung, damit
17 Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern gerechte Zukunftschancen haben.

18 **Flächendeckende Familienstützpunkte**

19 Begründung: Hilfs- und Beratungsangebote für Familien gibt es heute in vielfältigster
20 Form. Die Frage ist nur, wie man an die richtige Stelle kommt. Dafür brauchen wir
21 Familienanlaufstellen in unseren Städten und Gemeinden, gerade auch in den
22 kleineren. Dort findet niederschwellige Beratung statt, bei konkreten Problemen wird
23 individuell geholfen, durch Kontinuität können die Mitarbeiter Vertrauen aufbauen
24 und in den Familien sind sie anerkannte Bezugspersonen. Zusammenarbeit in
25 geschützter Atmosphäre ist durch nichts zu ersetzen und kann wertvolle Dienste
26 leisten. Kinder brauchen Halt und Orientierung, Freiheit und Zuverlässigkeit und wo
27 Eltern das alleine nicht mehr schaffen, müssen staatliche Stellen sie begleiten. Diese
28 Familienstützpunkte könnten eine Lotsenfunktion in den Landkreisen übernehmen,
29 um den Zugang zu Kinder- und Jugendhilfeleistungen möglichst einfach zu machen.

30 **Interkommunale Zusammenarbeit Kitas**

31 Begründung: Die SPD legt großen Wert auf die Stärkung ländlicher Regionen. Kinder
32 brauchen nicht nur in der Stadt möglichst flexible Betreuungszeiten, sondern
33 selbstverständlich überall in Bayern. In Städten ist dieses Ziel leichter erreichbar, auf
34 dem Land tut man sich schwerer. Die Lösung sehen wir in der verstärkten
35 interkommunalen Zusammenarbeit von kleineren Gemeinden. So wie sie bisher
36 zusammen mit Nachbarkommunen verschiedene Modelle angeboten haben, was die
37 Inhalte der Betreuung betrifft, so sollen jetzt auch die Betreuungszeiten je nach Bedarf
38 ausgebaut werden. Alle müssen die gleichen Möglichkeiten haben, egal wo sie
39 wohnen.

1 Nicht jede Kita wird 24 Stunden täglich öffnen können, doch ein gewisser Grad der
2 zeitlichen Abdeckung, gerade auch in den Ferien, muss möglich sein, zumindest im
3 näheren Umkreis des Wohnortes. Inhaltliche und zeitliche Flexibilität sind Faktoren,
4 mit denen kleine Kommunen ihr Kita-Angebot möglichst passgenau den Eltern
5 anbieten können. Im Notfall muss immer eine Betreuung gewährleistet sein, das gibt
6 Familien ein sicheres Gefühl.

7 **Bezahlbares Wohnen für Familien**

8 Begründung: Zunehmend sind Familien, nicht nur aus unteren Einkommensschichten,
9 auf soziale Wohnraumförderung angewiesen. Es darf nicht sein, dass Familien in
10 Ballungsgebieten bis zu 50 Prozent ihres Einkommens allein für die Miete aufbringen
11 müssen. Das Geld muss vielmehr für das gemeinsame Familienleben zur Verfügung
12 stehen. Daher setzen wir uns für die Förderung kommunaler
13 Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften ein, die bezahlbaren
14 Wohnraum für Familien ermöglichen.

15 Dabei wollen wir neue und alternative Wohnprojekte, wie etwa WGs der
16 verschiedenen Generationen unterstützen. Hierfür können die Erlöse aus dem Verkauf
17 der GBW-Wohnungen aufgewendet werden.

1 **A 7 Geschlechtsneutraler Zugang zu Wickeltischen – jetzt!**

2

3 Wir fordern, dass Wickeltische zukünftig nicht mehr lediglich auf Damentoiletten
4 installiert werden. Wickeltische müssen beiden Geschlechtern zugänglich
5 gemacht werden. Gerade in öffentlichen Gebäuden muss der Staat mit gutem Beispiel
6 vorangehen und dementsprechend handeln. Daher fordern wir ebenso eine staatliche
7 Förderung für die Installierung neuer Wickeltische in der Öffentlichkeit.

8

9 **Begründung**

10 Wir leben in einer Gesellschaft, in der längst nicht mehr überall die klassische
11 Rollenverteilung gilt. Alleinerziehenden Vätern oder Männern, die mit ihrem Kind
12 alleine unterwegs sind, ist jedoch der Zugang zu Wickeltischen oft erschwert, da diese
13 nur auf Damentoiletten installiert sind.

14

15 Wir fordern von der modernen Gesellschaft die Abkehr von der tradierten
16 Rollenverteilung. Dazu müssen auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen
17 werden.

Weitere Anträge

A 2, A 3 und A 6 zurück gezogen

A 4 überweisen an den Landesvorstand

A 5 erledigt durch A 1 und Beschlusslage